

Afghanistan heute – Ein umkämpftes Land

von Dr. Klaus Olshausen

Geostrategisch – international – regional und operativ-taktisch

Der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan unter Mandaten des UN-Sicherheitsrats (UNSC) - die ersten schon vor "9/11" - steht mitten in seinem neunten Jahr. Die in wichtigen Teilen Afghanistans kritische Sicherheitslage, die schwach legitimierte Regierung Karzai mit einer wenig überzeugenden Regierungsleistung, Ernüchterung und Zweifel bei vielen Regierungen, Parlamenten und vor allem Bevölkerung der Staaten, insbesondere derer, die Truppen für ISAF stellen, und mehrere Gruppen militanter Gegner, vor allen Taliban, die ihr skrupelloses gewalttätiges Handeln mit äußerst geschickter strategischer Kommunikation in die politisch schwankenden Länder verbinden, all dies ist Grund genug zwei Jahre nach der Frage "Afghanistan - Ein Fall für das Bündnis oder Bündnisfall" (in Europäische Sicherheit, April 2008, S. 28 ff.) die Entwicklung erneut unter die Lupe zu nehmen und von unterschiedlichen Blickwinkeln Einschätzungen für das Morgen zu versuchen.

Geostrategische Aspekte

Nimmt man Afghanistan aus einer geostationären Umlaufbahn in den Blick erkennt man eine begrenzte Landfläche mit hohen Gebirgsketten, ohne Zugang zu den Meeren, die heute nur im äußersten Osten direkt an eine Großmacht grenzt. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 fand dieses Gebiet unter geostrategischen Aspekten weder bei der Weltmacht Amerika noch bei anderen Großmächten und den westeuropäischen Staaten besondere Beachtung. Man registrierte den langjährigen Bürgerkrieg, dann die brutale Herrschaft der Taliban fast über das ganze Land und schenkte der Präsenz von Al Qaida-Kämpfern politisch kaum erkennbare, geschweige denn nachhaltige Aufmerksamkeit.

Es waren der massive Angriff von Al Qaida in New York und Washington und die Antwort der USA in Selbstverteidigung unter Artikel 51 UNO-Charta mit der Operation ENDURING FREEDOM, die Afghanistan politisch und militärisch in den Fokus rückten. Mit unterschiedlichen Kräften unterstützten alle Verbündeten der NATO, eine Reihe von Partnerstaaten sowie Australien und Neuseeland diesen militärischen und politischen Einsatz. Auch Japan unterstützte das amerikanische Vorgehen im Rahmen dieser großen Koalition. Während die Großmächte China und Russland die einschlägigen Resolutionen des UNSC unterstützten, begann bei beiden relativ früh eine Analyse der geopolitischen Konsequenzen,

wenn die USA längerfristig politisch und militärisch von Zentralasien über Afghanistan und Pakistan bis zum Indischen Ozean präsent sein würden.

Mit dem parallel zur politisch militärischen Ausschaltung des Taliban-Regimes im Dezember 2001 eingeleiteten so genannten Petersberg Prozess wurden auch die EU und ihre Mitgliedstaaten in diesem Raum stärker präsent. Fast neun Jahre später kann festgestellt werden, dass geopolitisch die Einwirkung der Weltmacht USA und aller Großmächte in diesem Raum mit je eigener Interessenlage und Zielrichtung auf absehbare Zeit erhalten bleiben wird. Diese geopolitische Ebene wird bei allen internationalen und vielen bilateralen Entscheidungen zum weiteren Handeln in und für Afghanistan als Einflussgröße zu berücksichtigen sein.

Zum internationalen Engagement

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft in und für Afghanistan erfolgte von Anfang an in sehr unterschiedlichen Konstellationen. Die (zu) späte Erkenntnis, dass man die afghanische Bürgerkriegsentwicklung und das seit 1996 zunehmende Zusammenspiel von Taliban und Al Qaida vernachlässigt bzw. als quantitate negligible behandelt hatte, generierte nach dem 9. September 2001 Aktivitäten, ja Aktionismus vielfältiger Gruppierungen mit dem teilweise euphorischen Ziel, die Ende 2001 gebildete Übergangsregierung Karzai nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern mit, durch und über ihn ein neues demokratisches Afghanistan zu schaffen; ein Afghanistan, in dem Fanatismus, Extremismus oder gar Al Qaida-Terrorismus keine Chance mehr haben sollten.

Derartige Vorstellungen wurden aber nie systematisch auf ihre Realisierbarkeit geprüft. Dagegen wurden z.B. auf einer Tagung der G8-Staaten Ende 2001 nur breite Aufgabengebiete der Unterstützung benannt für die einzelne Nationen die Verantwortung und praktische Arbeit übernehmen wollten. Dies ist ein besonders krasses Beispiel dafür, dass der politische Zweck sehr diffus blieb und die jeweiligen komplexen Ziele in den Aufgabengebieten wie Justizwesen (Italien), Polizeiaufbau (Deutschland), Armeeaufbau (USA) usw. weder von den einzelnen Staaten noch gar irgendwie zusammen nachvollziehbar festgelegt wurden. Folgerichtig gab es in den Staaten und bei den G8 gemeinsam keine klaren Vorstellungen über die jeweiligen umfangreichen und vielfältigen Mittel und Fähigkeiten, die dazu benötigt würden. Damit blieben die Einsichten des Carl von Clausewitz zu politischem Zweck, Zielsetzungen und adäquaten Mitteln für die Bewältigung komplexer und dynamischer Herausforderungen in allen drei Kategorien auf der Strecke.

Alle seither in regelmäßigen Abständen erfolgten internationalen Konferenzen, um wenigstens stabile(re)n Verhältnissen in Afghanistan und letztlich der Region näher zu kommen, generierten hehre Aufrufe für Aufbau, Regierungsführung und Stabilität sowie erhebliche Summen, die für diesen Aufbau geordneter Staatlichkeit in allen Bereichen verfügbar gemacht werden sollten. Aber die Vielfalt der internationalen Akteure, der bilateralen Programme und der unzähligen NGOs mit ihren jeweiligen Projekten waren oft sowohl eine Überforderung der Regierung als auch Ursache für viel unkoordiniertes Handeln in Regionen, Distrikten und in Städten und Dörfern. Auch dies eine Quelle für die allseits beklagte Korruption.

Die Ereignisse im Sommer und Herbst 2009 leiteten in mehreren Ländern eine erneute Analyse und Entscheidungsprozesse ein. In Deutschland präziserte die Bundesregierung einerseits die Einsatzregeln für die unter ISAF eingesetzten Soldaten (Taschenkarte im Frühsommer 2009) aufgrund der wiederholten Raketenangriffe auf deutsche Soldaten im Lager sowie auf Patrouillen. Andererseits sollte innenpolitisch alles getan werden, um eine kontroverse

Debatte zur deutschen Beteiligung am Einsatz der NATO in Afghanistan aus dem beginnenden Wahlkampf herauszuhalten. Parallel dazu markierte der personelle Wechsel des ISAF-Oberbefehls von General McKiernan zu McChrystal den Beginn einer inneramerikanischen Diskussion zum Krieg in Afghanistan (der von den USA immer so bezeichnet worden ist). Diese erreichte ihren Höhepunkt Ende September 2009, als der kritische Bericht von General McChrystal von der Washington Post veröffentlicht worden war.

Statt diese Situation für eine intensive Erörterung in der Allianz, aber auch in Deutschland (zumindest nach dem Wahltag am 27. September) zu nutzen, verlegten sich die Gremien der Allianz und die Bundesregierung auf das Abwarten. Als dann am 1. Dezember die klare Entscheidung von Präsident Obama öffentlich wurde: drastische (erneute) Verstärkung der amerikanischen Truppen und einer gleichzeitigen massiven Erhöhung der materiellen und personellen Unterstützung der Regierung in Kabul, betonten die Europäer den nicht militärischen Teil, zeigten aber wenig bis keine Bereitschaft, auch den militärisch erforderlichen Teil zum notwendigen Schutz der afghanischen Bevölkerung annähernd im gleichen Verhältnis wie die USA zu erhöhen. Vor allem innenpolitische Aspekte veranlassten die Bundesregierung ihre Entscheidungen bis kurz vor der Londoner Konferenz am 28. Januar 2010 aufzuschieben und immer wieder zu betonen, dass es sich dabei nicht um eine „Truppenstellerkonferenz“ handle. Die Stärkung der zivilen Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft und aller beteiligten Staaten und vor allem eine gesteigerte und deutlich verbesserte Regierungsführung Karzai auf allen Gebieten wurden ein weiteres Mal beschworen.

Die Umstrukturierung des deutschen militärischen Kontingents mit künftig drei „Ausbildungs- und Schutzbataillonen“ von insgesamt 1.400 Soldaten im Zusammenspiel mit der afghanischen Armee war ein notwendiger Schritt, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass die zusätzlichen 5.000 amerikanischen Soldaten in der ISAF-Nordregion nun die allein entscheidenden Elemente bilden werden. Dass diese deutsche Absicht mit Blick auf eine möglichst breite Zustimmung des Bundestages als rein defensiv dargestellt wurde, wird sich im Blick auf den wirksamen Schutz der afghanischen Bevölkerung gerade auch im Großraum Kunduz noch bewähren müssen. Denn der im März durchgeführte Einsatz der ISAF-Truppen und der afghanischen Sicherheitskräfte in Marjah sowie der in Vorbereitung befindliche im Raum Kandahar unterstreichen, dass der Schutz der Bevölkerung nicht ohne erfolgreiches Zurückdrängen, ja Ausschalten der verschiedenen militanten Gegenkräfte erfolgen kann, die meist verallgemeinernd als Taliban bezeichnet werden.

Zum regionalen Umfeld

Alle Nachbarstaaten haben ihre je eigenen Ansatzpunkte und Interessen mit Blick auf den schwierigen Staat am Hindukusch. Das komplizierteste Verhältnis besteht mit dem Nachbarn Pakistan. Die Staatsgrenze ist in der Praxis eine durchlässige Linie für alle Stämme und Familien der Paschtunen, die beiderseits der so genannten Durand-Linie von 1893 leben.

Geostrategisch und international war dieses Gebiet nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte Ende 1979 zu einer wichtigen Zone kontroversen Handeins geworden. Es waren nicht nur, aber vor allem die USA, die den Widerstand gegen die Sowjetunion von Pakistan aus mit vielfältigen materiellen und ideellen Maßnahmen unterstützt haben.

Seit Ende 2001 werden die Gebiete beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze von Taliban und anderen extremistischen Kräften genutzt, die die internationale und vor allem amerikanische militärische Präsenz unter den wiederholten UN Mandaten mit vielfachen militanten Mitteln, gezielten Angriffen, terroristischen Attentaten, einschließlich steigender

Zahlen von Selbstmordattentätern massiv bekämpfen. Dies führt bisher nicht zu einer konzertierten Antwort der ISAF-Nationen, also der NATO, wie man diesem Kampf, der auch vom Nordwesten Pakistans aus gesteuert wird, entgegentreten kann. So bleibt es den USA überlassen, diese schwierige Aufgabe im Kontakt mit einer durchaus fragilen pakistanischen Regierung und der pakistanischen Armee voranzubringen, einer Armee, deren Schwerpunktaufgabe seit Jahrzehnten und auch heute vom indisch-pakistanischen Konflikt um Kaschmir bestimmt ist.

Die nördlichen Nachbarn Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan haben zwar enge Verbindungen zu Afghanistan vor allen auch aufgrund der jeweiligen ethnischen Gruppierungen in Afghanistan, allerdings in sehr unterschiedlicher Stärke. Aber keine dieser ethnischen Gruppen im Lande äußert separatistische Absichten im Sinne eines Anschlusses an den Staat der eigenen Volksgruppe. Da alle drei Staaten kein neues Taliban-Regime in Kabul wünschen, unterstützen sie die logistischen Basen der ISAF-Nationen - allerdings auch mit Blick auf eine Quelle ersprießlichen Einkommens. Die autokratischen Regierungen dieser Staaten wissen sehr wohl, dass ein Scheitern der internationalen Gemeinschaft für ein stabiles Afghanistan auch in ihren Ländern den Vormarsch der extremistischen Islamisten massiv befördern könnte.

Ein stärker ambivalentes Verhältnis hat der Iran zum heutigen Afghanistan im Allgemeinen und der jetzigen Lage im Besonderen. Der Iran hat in den Jahren nach 1996 das Taliban-Regime kritisch, ja ablehnend behandelt und dies nicht nur wegen der über 1,5 Millionen Flüchtlinge, die im Iran Zuflucht suchten. Insofern war der Sturz der Taliban Ende 2001 durchaus erwünscht. Diametral entgegengesetzt beurteilt der Iran allerdings die militärische und politische Präsenz der USA in der Region. Für den Iran bedeutet dies im Grundsatz eine Zweifrontenlage und dies bei dem sich verschärfenden Gegensatz mit den USA und den UN wegen des eigenen Nuklearprogramms. Auch die derzeitige Politik des Iran zeigt diese Diskrepanz. Einerseits unterhält der Iran gute Beziehungen zur Regierung Karzai, andererseits hat die NATO Erkenntnisse, dass die islamistischen Extremisten in Afghanistan vom Iran unterstützt werden. Daraus kann man folgern, dass der Iran das kurzfristige Interesse, die USA dort militärisch gebunden zu wissen, über sein längerfristiges Interesse einer gefestigten Stabilität in der Region stellt, die seinen Einfluss als Regionalmacht deutlich erhöhen könnte.

Auch wenn Indien keine direkte Grenze mit Afghanistan hat, so erhöht sein Konflikt mit Pakistan über Kaschmir und wegen der von Pakistan aus operierenden islamistischen Terroristen sein Interesse, in Kabul eine Regierung zu wissen, die nicht von Pakistans Gnaden ist. Eine befreundete Regierung in Kabul könnte Pakistan dessen weiterhin angestrebte „strategische Tiefe“ verwehren.

Ein Blick auf China, das nur eine sehr schmale gemeinsame Grenze mit Afghanistan im äußersten Osten des Landes besitzt, darf nicht fehlen. Zwar unterstützt China bisher alle Resolutionen des UNSC zu Afghanistan, aber an den politischen und militärischen Maßnahmen zur Stabilisierung Afghanistans nimmt es nicht unmittelbar teil. Umso nachhaltiger nutzt es die Präsenz der internationalen Truppen in Kabul und den Regionen, um seine wirtschaftlichen Aktivitäten auszubauen. Es sichert damit seine Interesse an und den Zugriff auf die Rohstoffe des Landes, ohne sich den Unmut der Bevölkerung wegen militärischer Einsätze mit Verlusten unter der Zivilbevölkerung zuzuziehen.

Operativ-taktisches Handeln im Land selbst

Während nie jemand ernsthaft behauptet hat, dass es eine militärische Antwort für die erfolgreiche Stabilisierung Afghanistans, ja der Region geben könne, so gab es doch zwei Ansätze, wie militärische Maßnahmen zum Erfolg einer gewählten afghanischen Regierung beitragen sollten. Der erste war eine Konsequenz der Operation ENDURING FREEDOM der amerikanisch geführten breiten Koalition. Dabei war die Hoffnung und Erwartung, dass nach Bildung der Übergangsregierung Karzai und dem Beginn eines demokratisch geleiteten Prozesses für eine zentral geführte afghanische Regierung nur noch gezielte Aktionen gegen erkannte militante Führer und Gruppen erforderlich sein würden, die die Ausdehnung der von den Afghanen mehrheitlich befürworteten Autorität einer zentralen Regierung heftig attackierten.

Der zweite entstand im Zusammenhang mit der Übernahme von ISAF durch die NATO im August 2003, zunächst begrenzt auf den Raum Kabul. Es waren viele wie der UN-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi, die von der NATO eine militärische Präsenz über Kabul hinaus zur Unterstützung der Zentralregierung mit „Leuchttürmen“ im ganzen Land forderten. Dass solche Leuchtturm-Vorstellungen bei den beteiligten Nationen wenig Zutrauen auslösten, lässt sich an dem mehr als drei Jahre dauernden Prozess ablesen, den die Allianz benötigte, um wenigstens für diese minimalisierte militärische Leuchtturmpräsenz im Norden, Westen und erst im Herbst 2006 im Süden und Osten die erforderlichen Truppenkontingente - von insgesamt 44 beteiligten Nationen - verfügbar zu machen.

Beide Ansätze beruhten letztlich auf einer „Bestfall-Entwicklung“ der erfolgreichen Ausweitung der Regierungsfähigkeit und der legitimen Autorität der Regierung Karzai, die sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr als irrig herausstellte. Zwar sind die militanten Extremisten der Taliban und anderer extremistischer Gruppen nicht landesweit präsent und im Vormarsch, aber gerade im Süden und Osten des Landes beherrschen sie wesentliche Teile von Distrikten, bringen mit Gewaltakten und Einschüchterung Unruhe und Angst unter große Teile der Bevölkerung und verhindern so eine kontinuierliche Aufbau- und Regierungsleistung der von Kabul eingesetzten bzw. gesteuerten Amtsträger.

Mit den Entscheidungen von Präsident Obama Anfang Dezember 2009 und den Entscheidungen der Londoner Konferenz Ende Januar 2010 ist der militärische Anteil auf den Schutz der Bevölkerung insbesondere in den gefährdeten bzw. noch von Gebieten fokussiert. Da die afghanischen Sicherheitskräfte, Armee und Polizei, dazu noch nicht in der Lage sind, war eine Erhöhung der internationalen Truppenpräsenz zwingend erforderlich. Dieses Erfordernis war zwar allen NATO-Nationen bewusst, aber letztlich waren es vor allem die Amerikaner, die diesen Teil der „neuen Strategie“ mit einer erheblichen Verstärkung der Truppen unterlegten.

Die deutsche Regierung beschritt aufgrund der innenpolitischen Lage und dem Bemühen um breite parlamentarische Unterstützung einen mittleren Weg. Die drastische Erhöhung der Mittel für den zivilen Aufbau und eine verbesserte afghanische Regierungsführung rückte in den Mittelpunkt. Die zunächst erörterte Erhöhung der Truppenpräsenz um etwa 2.500 Soldaten wurde auf 540 Soldaten begrenzt. Allerdings kam man dem amerikanischen Ansatz und dem dafür erzielten Konsens der Allianz dadurch entgegen, dass man aus der Gesamtzahl des Kontingents ca. 1.400 Soldaten in drei so genannten „Ausbildungs- und Schutzbataillonen“ zur Ausbildung der afghanischen Armee und dem mit ihr gemeinsam durchzuführenden Schutz der Städte und Dörfer, insbesondere in der Provinz Kunduz, zusammengestellt werden.

Damit wird ein Beitrag dazu geleistet, dass Gebiete, aus denen man die Taliban zurückdrängen muss, dann auch gehalten werden können. Nur dann kann die verstärkte zivile Hilfe Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft - vorrangig durch die afghanischen Regierungsstellen - auch nachhaltig eingesetzt werden. Einzelheiten für die Durchführung dieses Konzepts im Raum Kunduz und der Nordregion von ISAF insgesamt sind noch nicht bekannt. Aber der Einsatz von Afghanen und ISAF in der Region Marjah im Süden (Provinz Helmand) seit März 2010 und die Vorbereitungen für ein entsprechendes Vorgehen im Raum Kandahar zeigen, dass die überzeugende Regierungsleistung schwierig durchzusetzen ist und die militanten oppositionellen Kräfte nicht einfach klein beigegeben werden.

Diese ersten Eindrücke des veränderten zivil-militärischen Vorgehens machen auch deutlich, wie schwach die zivilen Strukturen der Regierung Karzai im Lande sind. Die aus innenpolitischen Erwägungen in den USA wie den meisten NATO-Staaten angedachte Reduzierung des eigenen militärischen Engagements schon ab Mitte 2011 oder gar schon Ende 2010 birgt deshalb die Gefahr, dass Taliban und andere militante Kräfte nur darauf warten, dass die internationale Truppe in wesentlichen Teilen abrückt, um die weiter schwache afghanische Regierung mit ihren nicht ausreichend ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräften massiv anzugreifen und eigene islamistische diktatorische Herrschaftsstrukturen aufzubauen.

Ein frühzeitiger Rückzug der ISAF-Truppen steht auch im Gegensatz zu der ursprünglich Ende 2003 formulierten Erkenntnis der NATO, „dass der Abzug (exit strategy) der Truppen vom erfolgreichen Aufbau glaubwürdiger, professioneller und legitimierter afghanischer Sicherheitsstrukturen abhängt“. Nach fast sechs Jahren hängt der Erfolg dieses sicherheitsrelevanten Beitrags der Allianz allerdings weiter entscheidend davon ab, dass die vielfältigen nichtmilitärischen Aktionen und die Aufgabe der Afghanen selbst - von der Regierung in Kabul wie in den Regionen und Distrikten - sowie der internationalen Gemeinschaft mit mehr als 2.000 Akteuren zielgerichteter koordiniert, klarer priorisiert und effektiv durchgeführt werden. Eine Aufgabe, die Obama in seinem Programm mit dem notwendigen „civil surge“ nachhaltig unterstrichen hat. Jeder Mangel in diesen Bereichen verstärkt die Einwirkung der Taliban auf die notleidende Bevölkerung und wirkt negativ auch auf den Auftrag der NATO zurück.

Dieses schwierige Vorhaben der internationalen Gemeinschaft, an dem sich Deutschland in den militärischen und nichtmilitärischen Aufgaben vielfältig beteiligt, wird von der deutschen Bevölkerung skeptisch und in seinem militärischen Teil weitgehend ablehnend beurteilt. Deshalb ist es erforderlich, die in Teilen des Landes kriegsähnlichen Zustände offen anzusprechen und die Herausforderungen zu erläutern. Vor allem ist es aber geboten, unsere Bevölkerung gründlich und mit klaren Worten über den Sinn und Zweck der gemeinsamen zivilen und militärischen Anstrengungen in Afghanistan aufzuklären. Denn Stabilität in dieser unruhigen Region in einer Zeit von wachsendem islamistischen Extremismus zu unterstützen, dient unserer eigenen Sicherheit. Dass ein zweites Taliban-Regime und fortgesetzte Terroristenlager in Afghanistan und Pakistan nicht nur für Zentralasien, Russland und Indien oder die Golfstaaten, sondern auch für uns Deutsche eine erhebliche Gefahr darstellen (können), ist offensichtlich nicht jedem ohne weiteres einsichtig. Und wer hat schon vor Augen, dass die von vielen Kommentatoren und Politikern so häufig herangezogene Weltgemeinschaft in der Resolution 1267 des UN-Sicherheitsrats bereits 1999 mit Blick auf Afghanistan bekräftigte, „dass die Unterdrückung des internationalen Terrorismus essentiell ist, um die internationale Sicherheit und den Frieden aufrechtzuerhalten“.

Anmerkung:

Die Analyse gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Publiziert wurde der Artikel erstmalig in: Europäische Sicherheit, Ausgabe Juli 2010.



Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Er war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.